

E-Mail-Newsletter

1. Juni 2010

Liebe Mitglieder und Interessierte,

unser 157. Newsletter hält für Sie die folgenden Informationen bereit:

1. Tagung/Plenum des Flüchtlingsrates Baden-Württemberg am 12. Juni in Stuttgart

Informationen zur Situation in den Unterkünften, zur Save Me Kampagne, zur Anhörung und ein Vortrag über Perspektiven des Flüchtlingsschutzes in der Europäischen Union. Wir freuen uns über Ihre Anmeldung - gerne auch online über unsere Website www.fluechtlingsrat-bw.de.

2. Rückführungen von Roma ins Kosovo

Petitionsausschuss des baden-württembergischen Landtags lehnt Petition zu Abschiebestopp von Roma aus dem Kosovo ab

Pro Asyl-Aktion: Keine Abschiebungen ins Elend!

Abschiebungsschutz für Roma: Unterstützungsaufwurf von Christian Schwarz-Schilling, Prominenten, Bundestagsabgeordneten

3. Beschlüsse der Innenministerkonferenz

Am vergangenen Freitag ist die zweitägige Konferenz der Innenminister, die diesmal in Hamburg stattgefunden hat, zu Ende gegangen. Asyl und Flucht wurden zwar diesmal nur am Rande behandelt, aber immerhin stand das Thema "Rücknahme des deutschen Vorbehalts zur UN-Kinderrechtskonvention auf der Tagesordnung. Pro Asyl hatte sich im Vorfeld mit einer Erklärung an die Presse gewendet.

Zu diesem Thema hat die Grünenfraktion im baden-württembergischen Landtag einen Abgeordneten Antrag bei der Landesregierung eingereicht, der inzwischen beantwortet worden ist.

4. Berichte aus Baden-Württemberg

Mit dieser neuen und ab sofort regelmäßig erscheinenden Rubrik des E-Mail-Newsletters wollen wir Sie auf (Zeitungs)Berichte über die Asyl- und Flüchtlingsarbeit vor Ort und in den Regionen hinweisen.

5. Brand in der Abschiebehafte Mannheim

Am 16. Mai ist im Abschiebetrakt der JVA Mannheim ein Feuer ausgebrochen, bei dem zwei Flüchtlinge schwer und weitere Flüchtlinge und HelferInnen leicht verletzt worden sind. Ein Teil des Traktes ist nach wie vor unbenutzbar. Noch zwei Tage zuvor hatte der baden-württembergische Finanzminister in einer Antwort auf eine kleine Anfrage der SPD der gesamten JVA einen "ordentlichen Zustand" bescheinigt.

6. Neues von der Save Me Kampagne

Tübinger Aktion "Flüchtlinge aufnehmen": Die Tübinger Save Me-Initiative fordert, Angehörige von Opfern eines Terroranschlags in Deutschland aufzunehmen. Der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg unterstützt diese Aktion als Erstunterzeichner. Unterstützen auch Sie die Aktion mit Ihrer Unterschrift bzw. einem Mail an die Initiative!

7. Anti-Folter-Komitee des Europarates kritisiert Umgang Italiens mit Flüchtlingen

Italiens Umgang mit Flüchtlingen verstoße gegen die Menschenrecht und die Grundsätze des Flüchtlingsschutzes.

8. Neues aus dem Bundestag

Fast 88.000 Menschen in Deutschland "geduldet"

Knapp 71.000 Menschen haben 2009 einen Integrationskurs beendet

9. "Lagerkompromiss" in Bayern: "empörend"

Am 6. Mai haben CSU und FDP ihren Kompromiss zur Unterbringung von Flüchtlingen in Bayern umgesetzt. Viele Flüchtlinge, z. B. mit Vorstrafen oder diejenigen, die nicht hinreichend an der Klärung ihrer Identität mitarbeiten, fallen nicht unter den Kompromiss. Der Bayerische Flüchtlingsrat hat das Ergebnis der langen Diskussion in einer Reaktion als "empörend" bezeichnet.

10. Studie zur psychischen Gesundheit von asylsuchenden Frauen

Die *Psychologische Forschungs- und Modellambulanz für Flüchtlinge* der Universität Konstanz sucht im Rahmen einer Studie Teilnehmerinnen.

11. Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes: Befristung einer Ausweisung u. U. bereits vor der Ausreise des Ausländers möglich

Rechtsanwalt Franz Hoß aus Karlsruhe erläutert dieses Urteil ausführlich.

12. Lesenswertes

Jahresbericht von *borderline-europe*, Menschenrechte ohne Grenzen e. V.

"Schattenbericht Abschiebehaft" des Bündnisses gegen Abschiebehaft Tübingen

Pro Asyl-Heft zum Tag des Flüchtlings 2010

13. Interkulturelle Woche 2010 vom 26.09.-02.10.2010

"Zusammenhalten - Zukunft gewinnen", so lautet das Motto der diesjährigen Interkulturellen Woche, für die sie bereits jetzt Materialien bestellen können.

14. Pro Asyl Newsletter 158 Mai 2010

15. Termine

Mit herzlichem Gruß

Reiner Klass

1. Tagung/Plenum des Flüchtlingsrates Baden-Württemberg am 12. Juni in Stuttgart

Wir laden Sie herzlich zu unserer nächsten Tagung in den Räumen der Stuttgarter Friedensgemeinde, am Samstag, den 12. Juni, 9.30 Uhr bis 17 Uhr ein. Vormittags werden Arbeitsgruppen stattfinden: Andreas Linder berichtet über die Ergebnisse der Untersuchung zu baden-württembergischen Flüchtlingsunterkünften. In weiteren AGs unterrichten Sarah Hergenröther vom Münchner Flüchtlingsrat über Neuigkeiten der Save Me Kampagnen, und unsere Sprecherratsmitglieder, Vera Kohlmeyer-Kaiser und Manfred Weidmann, informieren über das Asylverfahren und was Asylsuchende hierüber vorab wissen sollten.

Im Hauptreferat am Nachmittag berichtet Doris Peschke, Generalsekretärin der kirchlichen Kommission für Migrationsfragen aus Brüssel, über aktuelle Entwicklungen in der europäischen Flüchtlingspolitik und den Vorgängen an den EU-Außengrenzen.

Wir bitten Sie ab sofort um Ihre Anmeldung zu dieser Veranstaltung, entweder schriftlich, telefonisch, per Mail an info@fluechtlingsrat-bw.de oder über unsere Website. [Zur Anmeldung und zum Programm der Tagung.](#)

2. Rückführungen von Roma ins Kosovo

Petitionsausschuss des baden-württembergischen Landtags lehnt Petition zu Abschiebestopp von Roma aus dem Kosovo ab

Roma weiterhin von Abschiebung in den Kosovo bedroht - Flüchtlingsrat fordert nachdrücklich humanitäre Lösung

Der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg protestiert gegen die Ablehnung der Petition für ein humanitäres Bleiberecht für Roma aus dem Kosovo durch den Landtag von Baden-Württemberg: "Für die etwa 1200 in Baden-Württemberg betroffenen Flüchtlinge wurde die letzte Hoffnung zerstört, ein humanitäres Bleiberecht zu erhalten. Sie müssen jetzt weiterhin in Angst vor einer Abschiebung in Elend und Diskriminierung leben", sagte Angelika von Loeper, Vorsitzende des Flüchtlingsrates Baden-Württemberg.

Der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg hatte am 18. November 2009 gemeinsam mit Diakonie und Caritas vor Vertretern des Petitionsausschusses auf die Gefährdungslage und die prekäre sozioökonomische Situation im Kosovo hingewiesen. Diese Position vertreten auch UNICEF, UNHCR und viele Menschenrechtsorganisationen, die angesichts der labilen Sicherheitslage und zunehmender ethnischer Segregation vor weiteren Abschiebungen in den jungen Staat Kosovo warnen.

Zuletzt hatte der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg den Oster-Appell von Bundestagsabgeordneten unterstützt, der sich für ein humanitäres Bleiberecht für Roma einsetzt.

Am 14. April ratifizierte Bundesinnenminister de Maizière (CDU) das bisher schon angewandte Rücknahmeabkommen mit dem Kosovo. "Es ist kein Zufall", so Angelika von Loeper weiter, "dass der Landtag genau am Tag darauf unsere Petition abgelehnt hat. Damit wird auch in Baden-Württemberg das Signal in Richtung Abschiebung verschärft." Der Flüchtlingsrat fordert daher eine umgehende Einstellung der regelmäßig stattfindenden Charterabschiebungen vom "Baden-Airpark" Söllingen aus.

(Quelle: Pressemittd. des Flüchtlingsrates B.-W. vom 29.04.2010)

Weitere Infos: [Presseerklärung des Petitionsausschusses vom 31.03.2010](#)

Pro Asyl-Aktion: Keine Abschiebungen ins Elend!

Am 14. April 2010 wurde das Rückübernahmeabkommen zwischen Deutschland und dem Kosovo unterzeichnet. Minderheiten wie Roma und Ashkali droht die Abschiebung in Elend und Unsicherheit. Bis zu 2.500 Menschen pro Jahr sollen nach dem Willen der Innenminister zurückgeschickt werden. Im Kosovo erwartet die Abgeschobenen buchstäblich ein Leben am Rande der Müllkippe - etwa in kontaminierten Lagern. Ihre Häuser sind zerstört oder längst von Albanern in Besitz genommen. Der Zugang zu Arbeit, Bildung, sozialen Einrichtungen und gesundheitlicher Versorgung bleibt ihnen trotz gegenteiligen offiziellen Bekundungen weitgehend versperrt. Ihre in Deutschland geborenen Kinder können sich weder auf albanisch noch serbisch verständigen und finden dort keine Lebensperspektive.

PRO ASYL startet deshalb eine Protestaktion an die Innenminister: "Keine Abschiebungen ins Elend!"
Beteiligen Sie sich mit [E-Mails](#) und [Fotos!](#)

[Zur Aktion "Keine Abschiebungen ins Elend!"](#)

[Posterfaltblatt "Keine Abschiebungen ins Elend"](#)

[Zur Fotoaktion](#)

Abschiebungsschutz für Roma: Appell von Christian Schwarz-Schilling, Prominenten, Bundestagsabgeordneten anlässlich der IMK

Hannover. Ein Bündnis aus Politikern und Flüchtlingsverbänden hat gestern in Hannover an die Innenminister der Länder appelliert, die Abschiebung von Roma in den Kosovo zu stoppen. Da die ethnische Minderheit Verfolgung und Diskriminierung ausgesetzt sei, sollten die Menschen ein dauerhaftes Bleiberecht in Deutschland erhalten, forderten am Donnerstag der Flüchtlingsrat, die Göttinger Gesellschaft für bedrohte Völker, Pro Asyl und der Rat der Stadt Hannover.

"Wie viel Tausende von Menschen durch unser Tun ins Unglück hineingestoßen werden", sei "unfassbar", sagte der Balkan-Experte und frühere Bundesminister Christian Schwarz-Schilling (CDU). Er wollte gestern am Rande der Innenministerkonferenz in Hamburg dazu Gespräche führen. Die Politiker müssten das Schicksal der Betroffenen im Blick haben. Schließlich seien vor allem Jugendliche gut in Deutschland integriert.

Breite Unterstützung findet Schwarz-Schilling im Rat der Stadt Hannover, in dem die Mehrheit für ein Bleiberecht der Roma eintritt. Im Gegensatz zu ihren Kollegen auf Landesebene forderte die CDU im Rat -

zusammen mit SPD, Grünen, FDP und Linken -, die in Hannover lebenden Roma nicht in den Kosovo zurückzuschicken. Rund 150 Roma sind in Hannover von Abschiebung bedroht.

Pro Asyl kritisierte, dass die Roma ins Elend abgeschoben würden. Nach einem Rückführungsabkommen müssen rund 14.000 Flüchtlinge aus dem Kosovo in den kommenden Jahren mit ihrer Abschiebung aus Deutschland rechnen.

Der niedersächsische Flüchtlingsrat kritisierte vor allem Innenminister Uwe Schünemann (CDU). Der Bericht seines Ministeriums über eine Ministerreise in den Kosovo im vergangenen November blende die schwierigen Lebensbedingungen der Roma weitgehend aus. Außerdem habe Schünemann sich nicht darum bemüht, mit Rückkehrern ins Gespräch zu kommen.

Auch der Vorsitzende der Gesellschaft für bedrohte Völker, Tilman Zülch, beschwerte sich über die Flüchtlingspolitik des niedersächsischen Innenministers. In diesem Zusammenhang sagte er in der Pressekonferenz: "Schünemann würde eher in die NPD gehören."

(Quelle: HAZ, 28.05.2010)

3. Beschlüsse der Innenministerkonferenz

Am vergangenen Freitag ist die zweitägige Konferenz der Innenminister, die diesmal in Hamburg stattgefunden hat, zu Ende gegangen. Asyl und Flucht wurden zwar diesmal nur am Rande behandelt, aber immerhin stand das Thema "Rücknahme des deutschen Vorbehalts zur UN-Kinderrechtskonvention auf der Tagesordnung. Pro Asyl hatte sich im Vorfeld mit einer Erklärung an die Presse gewendet. In der offiziellen [Pressemitteilung](#) heißt es hierzu in wenigen Worten:

"Die Innenminister und -senatoren der Länder begrüßen die Zusicherung des BMI, dass mit der Rücknahme der Erklärung der Bundesrepublik Deutschland zur VN-Kinderrechtskonvention keine Änderung des Aufenthalts- und Asylverfahrensgesetzes verbunden ist."

Ein Protokoll zur IMK, das womöglich weitere Beschlüsse enthält, wird erst in den nächsten Tagen veröffentlicht und dann vermutlich auch [auf der entsprechenden Website](#) einsehbar sein.

Bereits im März hat das Innenministerium einen [Abgeordneten Antrag der Grünen im baden-württembergischen Landtag beantwortet](#), in dem auf die Konsequenzen der eingeschränkten Geltung der UN-Kinderrechtskonvention für minderjährige Flüchtlinge aufmerksam gemacht wurde. Neben der Forderung nach der Rücknahme des Vorbehalts fordern die Grünen in dem Antrag, die Abschiebehafte für Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge zu unterbinden. In Baden-Württemberg lebten zum 28.02.2010 2.031 Minderjährige mit einer Duldung und 768 mit einer Aufenthaltsgestattung. Das Innenministerium sieht den Umgang mit minderjährigen Flüchtlingen erwartungsgemäß weniger kritisch: Das Wohl des Kindes würde auch bei Flüchtlingskindern vorrangig berücksichtigt.

4. Berichte aus Baden-Württemberg

Mit dieser neuen und ab sofort regelmäßig erscheinenden Rubrik des E-Mail-Newsletters wollen wir Sie auf (Zeitungs)Berichte über die Asyl- und Flüchtlingsarbeit vor Ort und in den Regionen Baden-Württembergs hinweisen. Gerne können Sie uns auf Berichte aus Ihrer Lokalpresse verweisen oder uns diese per Post zusenden.

Baden-Württemberg

Abschiebungen ins Kosovo: [Land schiebt weiter ab](#). Südkurier, 26.04.2010

Illegalisierte Flüchtlinge: [Ohne Papier landen jugendliche Flüchtlinge im Knast](#). Badische Zeitung, 27.04.2010

Resettlement: [Baden-Württemberg hat 318 besonders schutzbedürftige Irak-Flüchtlinge aus Syrien und Jordanien aufgenommen](#). Pressemitteilung des Innenministeriums B.-W., 11.05.2010

Freiburg

Roma: [Stadt Freiburg streitet wegen Flüchtlingen mit Land](#). Badische Zeitung, 20.04.2010

Roma/Unterkünfte: [Flüchtlingsunterkunft: Bedrückendes Leben im Container](#). Badische Zeitung, 26.04.2010

Roma: Flüchtlingswelle - [Freiburg blitzt in Stuttgart ab](#). Badische Zeitung, 26.04.2010

Roma: [Für ein Roma-Bleiberecht](#). Badische Zeitung, 27.04.2010

Roma: [Freiburg muss Roma-Flüchtlinge behalten](#). Schwarzwälder Bote, 10.05.2010

Roma: [Auf Roma wirkt Freiburg wie ein Magnet](#). Südwestpresse, 25.05.2010

Karlsruhe

Demo gegen Abschiebung von Roma: [Protest gegen Abschiebungen in Karlsruhe](#). Südwestpresse, 08.05.2010

Demo gegen Abschiebung: [Hunderte protestieren gegen Abschiebepaxis](#), SWR, 9.05.10

Demo gegen Abschiebung: [Demonstration für Bleiberecht](#). Junge Welt, 10.05.10

Abschiebungen: [Flüchtlingsexperte: Situation im Kosovo für Roma "nicht zumutbar"](#). ddp, 10.05.2010

Sillenbuch

Unterbringung: [Zukunft des Asylheims ist wieder offen](#). Stuttgarter Zeitung, 26.05.10

Tübingen

Abschiebung: [Kurde soll abgeschoben werden. Frau und drei Kinder leben in Tübingen](#). Schwäbisches Tagblatt, 22.04.2010

Abschiebung: [Abschiebung von Sait Aslan wurde gestoppt](#). Schwäbisches Tagblatt, 28.04.2010

5. Brand in der Abschiebehaf Mannheim

Am 16. Mai ist im Abschiebetrakt der JVA Mannheim ein Feuer ausgebrochen, bei dem zwei Flüchtlinge schwer und weitere Flüchtlinge und HelferInnen leicht verletzt worden sind. Ein Teil des Traktes ist nach wie vor unbenutzbar. Inzwischen ist gegen zwei Flüchtlinge, die sich zur Brandzeit in Abschiebehaf befanden, Haftbefehl wegen Brandstiftung erlassen worden. U. a. berichtete das Magazin "[Der Spiegel](#)".

Noch zwei Tage zuvor hatte der baden-württembergische Finanzminister Stächele in einer [Antwort auf eine kleine Anfrage der SPD](#) der gesamten JVA einen "ordentlichen Zustand" bescheinigt.

6. Neues von der Save Me Kampagne

Tübinger Aktion "Flüchtlinge aufnehmen": Die Tübinger Save Me-Initiative fordert, Angehörige von Opfern eines Terroranschlags in Deutschland aufzunehmen. Der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg unterstützt diese Aktion als Erstunterzeichner.

Es geht um die Aufnahme von zwei schiitischen Familien aus Bagdad, die als Schiiten in einem sunnitischen Viertel massiv vom Tode bedroht waren - der Vater der einen Familie ist nach einem Bombenanschlag gestorben. Sein Bruder wurde im Frühjahr ebenfalls massiv bedroht. Sie flohen nach Syrien und ließen sich dort als Flüchtlinge registrieren. Ein weiterer Bruder kam mit seiner Familie bereits im Nov. 2009 nach Deutschland. Die Familie gehörte zum Kontingent von 2.500 irakischen Flüchtlingen, die im Jahr 2009 von Deutschland aufgenommen worden sind. Auch die Eltern der beiden in Syrien verbliebenen Brüder halten sich in Tübingen auf. Die in Deutschland lebenden Familienmitglieder wünschen sich, dass die verbliebenen Familienmitglieder ebenfalls nach Deutschland kommen dürfen und hoffen dabei auf Ihrer Unterstützung.

Weitere, [detaillierte Informationen](#) zur geforderten Zusammenführung der Familien Ibtisam und Aqueel Khayoon können Sie der angehängten pdf-Datei entnehmen. Bitte unterstützen Sie das Anliegen der Familie. [\[web\]](#)

7. Anti-Folter-Komitee des Europarates kritisiert Umgang Italiens mit Flüchtlingen

PRO ASYL unterstützt Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte

Das Anti-Folter-Komitee des Europarates hat [in einem aktuellen Bericht](#) bestätigt, was

Menschenrechtsorganisationen seit langem kritisieren: Italiens Umgang mit Flüchtlingen auf hoher See verstößt gegen die Menschenrechte und die Grundsätze des Flüchtlingsschutzes.

Italiens Praxis, auf hoher See aufgebrachte Flüchtlingsboote umgehend u.a. nach Libyen zurückzuschicken, ohne Asylanträge zu prüfen, ist eine besonders skrupellose und für die Betroffenen höchst gefährliche Variante europäischer Praktiken, die die Genfer Flüchtlingskonvention unterlaufen. PRO ASYL unterstützt deshalb aus seinem Rechtshilfefonds die Klage von 24 Menschen aus Somalia und Eritrea, die die italienische Küstenwache am 6. Mai 2009 aufgegriffen und umgehend nach Libyen zurückgeschickt hatte. Zum ersten Mal wird sich der EGMR im Fall Hirsi v. Italy mit der Frage auseinandersetzen müssen, ob die Zurückschiebungspraxis ein Verstoß gegen Artikel 3 der Europäischen Menschenrechtskonvention ist. Dieser verbietet Folter oder inhumane oder erniedrigende Behandlung. Bei der Überstellung nach Libyen geraten Betroffene immer wieder in Haftzentren, wo unmenschliche Bedingungen herrschen. Auch sind mehrfach Flüchtlinge von Libyen in ihre Herkunftsstaaten und damit in die Verfolgung deportiert worden.

PRO ASYL kritisiert, dass die italienischen Praktiken bisher von den EU-Mitgliedstaaten nicht ernsthaft kritisiert worden sind. "Die Einhaltung der Menschenrechte ist nicht nur Aufgabe der einzelnen Mitgliedstaaten, sondern Pflichtprogramm der Gesamt-EU," so PRO ASYL-Europareferent Karl Kopp.

"Menschen- und flüchtlingsrechtliche Anforderungen an Maßnahmen der Grenzkontrolle auf See" waren bereits Gegenstand eines [Gutachtens](#), das das European Center for Constitutional and Human Rights im Auftrag der Stiftung PRO ASYL, Amnesty International und des Forums Menschenrechte im September 2007 erstellt hat. Darin heißt es u.a.: "Als Konsequenz aus dieser Zusammenschau flüchtlings-, menschen- und seerechtlicher Normen ergibt sich, dass Staaten die flüchtlings- und menschenrechtlichen Anforderungen nicht dadurch umgehen können, dass Grenzkontrollmaßnahmen - d.h. Abfangen, Zurückweisen, Umleiten etc. von Flüchtlingsbooten - als Rettungsmaßnahmen deklariert werden." Genau dies hat Italien in seiner [Antwort](#) auf die Vorwürfe des Anti-Folter-Komitees erneut versucht.

Italiens Antwort ist ein Konzentrat aus Ausreden und Schutzbehauptungen. So heißt es darin: Zum Alter und zur Staatsangehörigkeit der nach Libyen verbrachten Migranten könne man keine Auskunft geben, weil es in der Natur der Sache solcher "Rettungsoperationen" liege, Entsprechendes nicht in Erfahrung bringen zu können.

(Quelle: Pro Asyl-Presseerklärung, 29.04.2010)

8. Neues aus dem Bundestag

Fast 88.000 Ausländer in Deutschland "geduldet"

Inneres/Antwort

Berlin: (hib/STO/ELA) In Deutschland haben nach den im Ausländerzentralregister gespeicherten Angaben Ende März dieses Jahres insgesamt 87.901 Menschen gelebt, deren Aufenthalt lediglich geduldet wurde. Dies geht aus der Antwort der Bundesregierung ([17/1539](#)) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke ([17/1380](#)) hervor. Danach lebten 56.151 von ihnen oder 63,9 Prozent länger als sechs Jahre in der Bundesrepublik.

37.458 Ausländer befanden sich den Angaben zufolge Ende März in Deutschland, deren Aufenthalt gestattet wurde. Von ihnen waren demnach 3.892 oder 10,4 Prozent seit mehr als sechs Jahren in der Bundesrepublik. Ausreisepflichtig ohne Duldung waren nach den zum 31. März im Ausländerzentralregister gespeicherten Angaben laut Antwort insgesamt 69.681 Menschen, von denen sich 52.860 oder 75,9 Prozent länger als sechs Jahre in Deutschland aufhielten.

Knapp 71.000 Menschen haben 2009 einen Integrationskurs beendet

Inneres/Antwort

Berlin: (hib/STO/ELA) Im vergangenen Jahr haben 70.968 Menschen in Deutschland einen Integrationskurs beendet. Dies berichtet die Bundesregierung in ihrer Antwort ([17/1536](#)) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke ([17/1364](#)).

Danach nahmen 104.387 Personen an einer Sprachprüfung teil, wobei in dieser Summe auch "Prüfungswiederholer" enthalten sind, die jedoch nur einmal als Absolvent eines Integrationskurses erfasst wurden. 73.138 Prüfungsteilnehmer haben die Prüfung den Angaben zufolge bestanden; davon 47.154 mit

dem Sprachniveau B1 und 25.984 mit dem Sprachniveau A2. Die Anzahl der neuen Kursteilnehmer im Jahr 2009 in allen Integrationskursarten wird in der Antwort auf insgesamt 116.052 beziffert.

Wie die Bundesregierung erläutert, haben "die Verbesserung der Rahmenbedingungen sowie die inhaltliche und qualitative Fortentwicklung der Integrationskurse" zu einer "unerwartet hohen Inanspruchnahme der Kurse geführt". Auch künftig sei von einem unvermindert hohen Interesse auszugehen. Weiter verweist die Regierung darauf, dass für 2010 rund 218 Millionen Euro für die Durchführung von Integrationskursen veranschlagt worden sei. Diese Mittelausstattung ermögliche, "sämtliche Rechtsansprüche auf Kursteilnahme zu erfüllen".

9. "Lagerkompromiss" in Bayern: "empörend"

Am 6. Mai haben CSU und FDP ihren Kompromiss zur Unterbringung von Flüchtlingen in Bayern umgesetzt. Viele Flüchtlinge, z. B. mit Vorstrafen oder diejenigen, die nicht hinreichend an der Klärung ihrer Identität mitarbeiten, fallen nicht unter den Kompromiss. Der Bayerische Flüchtlingsrat hat das Ergebnis der langen Diskussion in einer Reaktion als "empörend" bezeichnet. In der Presseerklärung des Bayerischen Flüchtlingsrates wird erläutert:

"Demnach sollen Flüchtlinge 4 Jahre nach Abschluss des Asylverfahrens aus den Flüchtlingslagern ausziehen dürfen. Daraus werden inklusive der Zeit des Asylverfahrens regelmäßig 6 bis 8 Jahre. Zwar dauern die Asylverfahren laut Angaben des Innenministeriums in Bayern durchschnittlich nur 7,1 Monate. Dies resultiert jedoch daraus, dass besonders Flüchtlinge aus Somalia oder ChristInnen aus dem Irak innerhalb weniger Wochen als Asylberechtigte anerkannt werden. Bei allen anderen dauern die Verfahren zwischen 2 und 4 Jahren.

Besonders zu kritisieren ist der Kompromiss für seine Ausschlussklauseln:

- Vorstrafen: Flüchtlinge mit Vorstrafen von mehr als 90 Tagessätzen unterliegen weiterhin ohne zeitliche Begrenzung der Lagerpflicht. Solche Vorstrafen haben sehr viele Flüchtlinge durch die Verletzung der Residenzpflicht, die es ihnen bei Strafandrohung von bis zu einem Jahr Freiheitsstrafe verbietet, ihren Landkreis zu verlassen. Auch der Aufenthalt in Deutschland ohne Reisepass wird mit bis zu einem Jahr Freiheitsstrafe bestraft, obwohl es in vielen Staaten der Welt (z.B. China, Iran oder Äthiopien) kein individuelles Recht auf einen Reisepass gibt.
- Identitätsprüfung: Flüchtlinge, die nicht hinreichend an der Klärung ihrer Identität mitgewirkt haben, müssen ebenso in den Flüchtlingslagern bleiben. Die große Mehrheit der geduldeten Flüchtlinge hat in ihrer Duldung den Vermerk "Die Personalangaben beruhen auf den eigenen Angaben der Inhaberin/des Inhabers". Da sie keinen Pass vorlegen konnten, wird ihnen unterstellt, nicht hinreichend an der Klärung ihrer Identität mitgewirkt zu haben.

"CSU und FDP lösen mit ihrem Kompromiss nur die Probleme der Koalition, nicht aber die Probleme der Flüchtlinge", kritisiert Alexander Thal, Sprecher des Bayerischen Flüchtlingsrats den heutigen Beschluss der Regierungsfractionen. "Im vollen Widerspruch zu den Ergebnissen der ExpertInnenanhörung im Bayerischen Landtag ändert sich an der jahrelangen menschenunwürdigen Unterbringung von Flüchtlingen in Sammellagern kaum etwas. Die Mehrheit der Flüchtlinge wird weiterhin ohne jegliche Perspektive in den Flüchtlingslagern untergebracht, nur eine verschwindende Minderheit darf nach langen Jahren ausziehen. Dieser Koalitionskompromiss ist einfach empörend!"

[Zum Kompromiss von CSU und FDP in Bayern zur Lagerunterbringung.](#)

10. Studie zur psychischen Gesundheit von asylsuchenden Frauen

Die *Psychologische Forschungs- und Modellambulanz für Flüchtlinge* der Universität Konstanz sucht im Rahmen einer Studie Teilnehmerinnen. Nach potentiell traumatischen Erlebnissen wie Naturkatastrophen sowie menschlich verursachten Traumata (wie zum Beispiel körperlichen und sexuellen Missbrauch) können

sich bei einem Teil der betroffenen Personen im Laufe der folgenden Monate eine Reihe von Beschwerden entwickeln, beispielsweise belastende und immer wiederkehrende Alpträume. In der Studie geht es um Auswirkungen traumatischer Erlebnisse auf die psychische Gesundheit, das Gehirn und Hormonsystem. Das charakteristische Symptommuster nach schwerer Traumatisierung wird Posttraumatische Belastungsstörung (PTBS) genannt. Neben diesen Beschwerden können auch weitere psychische Probleme auftreten, die im Zusammenhang mit den traumatischen Ereignissen stehen. Es besteht die Möglichkeit für die kostenfreie Untersuchung einen qualifizierten Dolmetscher einzubestellen und einen psychologischen Befund zu erhalten. Ich würde mich sehr freuen, wenn Sie diese Information an asylsuchende Frauen mit traumatischen Erfahrungen weitergeben. Die Vergütung der Anfahrt der Studienteilnehmerinnen sowie des Dolmetschers ist selbstverständlich.

Kontakt: Dipl.-Psych. Inga Schalinski, 07531-883301

Psychologische Forschungs- und Modellambulanz für Flüchtlinge

Klinische Psychologie, Universität Konstanz

am Zentrum für Psychiatrie Reichenau (ZPR)

Feursteinstr. 55

Haus 22, Erdgeschoß

D- 78479 Reichenau-Lindenbühl

Tel Sekretariat: 07531-88-4623

Fax: 07531-88-5702

11. Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes: Befristung einer Ausweisung u. U. bereits vor der Ausreise des Ausländers möglich

Bundesverwaltungsgericht Beschluss vom 20.08.2009 - 1 B 13.09 - InfAuslR 11-12/2009/445, mit Dank an Rechtsanwalt Franz Hoß für die Erläuterung.

Immer wieder wird die Auffassung vertreten, dass die Befristung einer Ausweisung erst möglich sei, wenn der Ausländer die BRD verlassen hat. Dies ist falsch, wie das Bundesverwaltungsgericht in der genannten Entscheidung ausführlich dargelegt hat. Ergänzend hierzu kann auf eine sehr gründliche und überzeugende Entscheidung des Verwaltungsgerichts Darmstadt (Beschluss vom 17.12.2009 - 5 K 115/09 .DA - InfAusl.Recht 4/2010/160) verwiesen werden.

Es ergibt sich danach die folgende Rechtslage:

Ob eine Ausweisung schon zum Zeitpunkt der Ausweisung oder erst später zu befristen ist, ist eine Frage des Einzelfalles. Die weit verbreitete Auffassung - auch vom Berufungsgericht -, dass eine Befristungsentscheidung "in der Regel" der Ausweisung nachfolgt, weist das Bundesverwaltungsgericht zurück.

Die entscheidenden Gesichtspunkte für die "Entscheidung im Einzelfall" ergeben sich aus dem stets zu beachtenden Grundsatz der Verhältnismäßigkeit. Insbesondere, wenn der Schutzbereich des Art. 8 EMRK (Gesichtspunkt des faktischen Inländers) oder Art. 6 GG (Schutz von Ehe und Familie) berührt ist, ist die Möglichkeit der Befristung bereits zusammen mit der Ausweisungsverfügung zu prüfen.

Darüber hinaus hängt es von den gesamten Umständen des Einzelfalles ab, insbesondere dem Ausmaß der vom Ausländer ausgehenden Gefahr, der Vorhersehbarkeit der zukünftigen Entwicklung dieser Gefahr und den schutzwürdigen Belangen des Ausländers und seiner Angehörigen, ob eine Befristung schon bei der Ausweisung von Amts wegen geboten ist oder erst später auf Antrag vorgenommen wird.

Aus diesen Abwägungskriterien ergibt sich:

Bei der Frage, ob und wann zu befristen ist, sind ausschließlich abwehrspezifische Gesichtspunkte im Hinblick auf mögliche Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu berücksichtigen.

Nach deutschem Recht ist das Aufenthaltsverbot des Ausländers nicht als Nebenstrafe konzipiert, da Sanktionsgedanken dem Aufenthaltsrecht fremd sind.

Die Behörde hat daher ausschließlich die für und wider sprechenden gefahrenspezifischen Kriterien des Falles heraus zu arbeiten, zu gewichten und dementsprechend den Zeitpunkt festzulegen, ab dem eine Gefährdung der Öffentlichkeit ausgeschlossen werden kann.

Von einer Befristung darf nur dann abgesehen werden, wenn im Zeitpunkt der behördlichen Entscheidung noch keine Prognose über den Zeitpunkt des Wegfalls der Gefährdung möglich ist.

Unter Berücksichtigung dieser generellen Gesichtspunkte - die in der oben genannten Entscheidung des Verwaltungsgerichts Darmstadt sehr systematisch und im Detail dargestellt werden - kann eine Befristung auch bereits vor der Ausreise des Ausländers geboten sein.

Da Befristungsanträge noch immer viel zu oft bei den Ausländerbehörden von unzulässigen Sanktionierungsgedanken beherrscht und damit oft auf die lange Bank geschoben werden, ist es ratsam, nach Ablauf von drei Monaten seit Antragstellung eine Untätigkeitsklage gemäß § 75 Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) zu erheben, wenn die Behörde nicht in der Lage ist, zureichende Gründe dafür vorzutragen, warum die Befristungsentscheidung immer noch zurückgestellt wird.

12. Lesenswertes

Jahresbericht von borderline-europe, Menschenrechte ohne Grenzen e. V.

borderline - europe, Menschenrechte ohne Grenzen e.V., hat nun erstmalig einen [Jahresbericht](#) erstellt, der Ihnen und Euch unsere Arbeit im letzten Jahr ein bisschen näher bringen soll.

Die Beobachtung der Außengrenzen und der politischen Geschehnisse in der Flüchtlingspolitik ist die Aufgabe von borderline-europe - wir wollen bekannt machen, was hier geschieht. Dazu dient zum einen die Homepage, zum anderen unsere tägliche Arbeit. Diese erfüllen wir alle fast ausschließlich ehrenamtlich.

Um weiter arbeiten zu können sind wir auf Ihre/Eure Unterstützung angewiesen. Verbreitet/verbreiten Sie unser Anliegen, sendet/senden Sie uns Informationen zu, die wir veröffentlichen, spendet/spenden Sie!

"Schattenbericht Abschiebehaft" des Bündnisses gegen Abschiebehaft Tübingen

1993 wurden die ersten Abschiebehaftlinge in der Justizvollzugsanstalt Rottenburg am Neckar inhaftiert. Von Anfang an wurden die Institution Abschiebehaft und die spezielle Situation in Rottenburg als besonders unmenschlich kritisiert. Seither erschienen Hunderte von Zeitungsartikeln, Radioberichten und Dokumentarfilmen, die die Bedingungen im Gefängnis Rottenburg zum Thema hatten. Unzählige Demonstrationen, Unterschriftensammlungen und Mahnwachen dokumentieren eine über 15 Jahre anhaltende Empörung.

Anfang Oktober 2009 wurde dieses "Gefängnis im Gefängnis" nun endgültig geschlossen. Allerdings nicht, weil Argumente überzeugen konnten oder der öffentliche Druck Wirkung zeigte, sondern aus Effizienz- und Kostenerwägungen.

In der Hoffnung, einen Beitrag zur Debatte um den Umgang mit MigrantInnen in der EU zu leisten, wollen wir mit diesem Bericht ein Resümee unserer Arbeit in Rottenburg ziehen und die interessierte Öffentlichkeit darüber informieren, was wir dort erlebt haben.

An Hand der Lebensgeschichten von Inhaftierten wird das Scheitern der gegenwärtigen Migrationspolitik Europas deutlich. Gleichzeitig belegt der "Schattenbericht Abschiebehaft" gravierende Verstöße gegen Menschenrechte, unhintergehbare ethische Prinzipien sowie zentrale Rechtsnormen dieser Gesellschaft.

Das Bündnis gegen Abschiebehaft Tübingen hat seine Arbeit der vergangenen Jahre in einem ["Schattenbericht Abschiebehaft"](#) aufgearbeitet. Die 40-seitige Broschüre ist soeben erschienen. Von 1994-2009 wurden "ausreisepflichtige" Migranten in einem Knast im Knast in der JVA Rottenburg inhaftiert. Hunderte wurden von dort abgeschoben, viele mußten aber auch - nicht zuletzt aufgrund des Engagements

des Bündnis gegen Abschiebehaft - wieder entlassen werden. Der Bericht belegt laut Bündnis gravierende Verstöße gegen die Menschenrechte.

Der Bericht kann auch als Printversion bestellt werden: Bestelladresse:

Bündnis gegen Abschiebehaft
Neckarhalde 32
72070 Tübingen
Tel.: 07071 1384644
<http://gegen-abschiebehaft.org>

Pro Asyl-Heft zum Tag des Flüchtlings 2010

Unter dem Titel 'Mit Diskriminierung macht man keinen Staat' gibt das diesjährige Pro Asyl-Heft zum Tag des Flüchtlings, das in Baden-Württemberg als Rundbrief des Flüchtlingsrates erscheint und den Mitgliedern und AbonentInnen bereits per Post zugegangen ist, einen Überblick zum Stand und über die aktuellen Entwicklungen in der bundesweiten und europäischen Flüchtlingspolitik. Der Rundbrief erscheint anlässlich des Tags des Flüchtlings am 1. Oktober im Rahmen der Interkulturellen Woche 2010. Weitere Exemplare können beim Flüchtlingsrat Baden-Württemberg bestellt werden. Zur [Online-Version des Rundbriefes](#).

13. Interkulturelle Woche 2010 vom 26.09.-02.10.2010

"Zusammenhalten - Zukunft gewinnen" - unter diesem Motto steht die diesjährige Interkulturelle Woche. Sie findet im Rahmen des Europäischen Jahres zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung statt. Wir empfehlen für die Interkulturelle Woche den Zeitraum vom 26. September bis 2. Oktober 2010. Das Gemeinsame Wort der Kirchen zur Interkulturellen Woche 2010 ist am 3. Mai 2010 veröffentlicht worden. Die Kirchen regen dazu an, politische Forderungen in die Diskussion zu bringen. In ihrem Gemeinsamen Wort unterstreichen sie, dass dazu auch eine grundsätzliche Lösung für das Problem der *Kettenduldungen* gehört. Vor allem hier aufgewachsene Kinder und Jugendliche brauchen eine dauerhafte Perspektive. Die Kirchen begrüßen, dass die Bundesregierung das *Asylbewerberleistungsgesetz* überprüfen wird. Menschen, die sich nicht nur vorübergehend hier aufhalten, dürfen nicht über Jahre hinweg von sozialer Teilhabe ausgeschlossen werden. Weitere Schwerpunkte der Interkulturellen Woche sind die Menschenrechte an Europas Grenzen sowie die Ausgrenzung, Diskriminierung und Abwehr innerhalb der Gesellschaft in Deutschland.

Das Plakat, der diesjährige Materialumschlag sowie die Postkarten zur Interkulturellen Woche sollen Sie in Ihren Planungen und Durchführungen von Veranstaltungen unterstützen. Alle Materialien können Sie auf der Homepage www.interkulturellewoche.de bestellen sowie das Logo der Homepage dort herunterladen. Die InitiatorInnen würden sich sehr freuen, wenn Sie uns Ihr Programm zur Interkulturellen Woche 2010 (am besten als PDF per E-Mail) zusenden, damit wir es in die Online-Veranstaltungsdatenbank einstellen können. So soll das breite Engagement sichtbar gemacht werden. Die Programme und Plakate sind uns zusätzlich auch auf postalischem Weg willkommen.

Adresse für Bestellungen und weitere Infos:

Ökumenischer Vorbereitungsausschuss zur Interkulturellen Woche / Woche der ausländischen Mitbürger
Postfach 16 06 46
60069 Frankfurt am Main
Ruf 069 / 23 06 05
Fax 069 / 23 06 50
info@interkulturellewoche.de

14. Pro Asyl Newsletter Nr. 158, Mai 2010

Inhalt

[Allgemeine Meldungen BRD](#)

[Deutschland und Kosovo unterzeichnen Rückübernahmeabkommen](#)
[Deutsche Bischofskonferenz warnt vor Abschiebungen in den Kosovo](#)
[Hammarberg hält Abschiebungen in den Kosovo für unverantwortlich](#)
[Gesellschaft für bedrohte Völker fordert Kontingentlösung für Romaflüchtlinge](#)
[Oster-Appell 2010](#)
[Protestaktion gegen Roma-Abschiebungen](#)
[Kosovarischer Politiker zur Lage der Roma](#)
[UN-Generalsekretär Ban Ki-moon warnt vor Abschiebungen in den Kosovo](#)
[BMI zu Abschiebungen in den Kosovo](#)
[Suizid in Abschiebungshaft](#)
[Suizid nach Abschiebung](#)
[Anhörungen wieder in allen Dublin-Verfahren](#)
[Bundesregierung äußert sich zu Rücküberstellungen nach Griechenland](#)
[CDU und Evangelische Kirche zur Aufnahme von irakischen Flüchtlingen](#)
[Umstrittener Gutachter wiederholt von Ausländerbehörden beauftragt](#)
[Landessozialgericht kritisiert Zustände in Flüchtlingsunterkunft](#)
[Rheinland-Pfalz will Residenzpflicht lockern](#)
[Handel mit Passersatzpapieren in Niedersachsen bleibt undurchsichtig](#)
[Grundsatzpapier von Seelsorgern und Beratern in Abschiebungshaft](#)

Internationale Meldungen und Meldungen zu Herkunftsländern

[Neue Studie zur Situation staatenloser Kurden in Syrien](#)

Meldungen zur Flüchtlingspolitik der EU und einzelner EU-Länder

[EU verfehlt Aufnahmeziel für Irak-Flüchtlinge](#)

FRANKREICH

[Französische Behörden betreiben hartnäckig Abschiebung von 18 Sudanesen](#)
[CFDA kritisiert französisches Aufnahmesystem](#)
[Bericht über die Situation der UMF veröffentlicht](#)

GRIECHENLAND

[Fürchterliche Zustände im Abschiebehafbereich des Athener Flughafens](#)

ITALIEN

[Italien wegen Abschiebungen nach Libyen vor Europäischem Gerichtshof](#)
[Zeitungsbericht über tunesische Fischer](#)

ÖSTERREICH

[Innenministerium verteidigt anonyme Gutachter](#)

SCHWEIZ

[Debatte nach Tod eines Asylsuchenden...](#)
[... und Trauer](#)
[Entschädigungszahlung für Tod durch Abschiebung](#)

NEWSLETTER ITALIEN April 2010

zusammengestellt von Judith Gleitze, Palermo

15. Termine

Plenen des Flüchtlingsrates Baden-Württemberg in Stuttgart, Friedensgemeindehaus:

12.06.2010 - siehe Punkt 1 dieses Newsletters

20.11.2010 (**Achtung: Terminänderung!!**)

Veranstaltungen in der Ev. Akademie Bad Boll

11.-13.06.2010: Partner für den Frieden: Mit Hamas und Fatah reden. [Weitere Infos und Anmeldung.](#)

24.-26.09.2010: Flucht und Migration durch Klimawandel - eine globale Herausforderung

Tagung in Zusammenarbeit mit Brot für die Welt, Ev. Akademien Bad Boll und Baden, Pro Asyl.

Klimakriege, die völkerrechtliche Stellung von "Klimaflüchtlingen", Auswirkungen des Klimawandels: Zu diesen Themen sollen politische Forderungen und Vorschläge für politische Akteurinnen und Akteure sowie für Nichtregierungsorganisationen formuliert werden. Das Ziel der Tagung ist, Kriterien für einen menschenwürdigen Umgang mit "Klimaflüchtlingen" und zu ihrem Schutz zu entwickeln.

Das Tagungsprogramm erscheint in Kürze. [Anmeldung](#) ist bereits jetzt möglich.

01.-3.10.2010: Sri Lanka: neueste Entwicklungen: Wie steht es um Rechtstaatlichkeit und Demokratie?

[Weitere Infos und Anmeldung.](#)

Fortbildungsprogramm des Flüchtlingsrates Baden-Württemberg: Unsere Referentinnen und Referenten kommen mit ihren Vorträgen gerne zu einem vereinbarten Termin zu Ihnen. Auf unserer Website finden Sie eine [Übersicht über die Veranstaltungen](#), die wir anbieten. Darüber hinaus sind wir für die Durchführung weiterer Vorträge/Veranstaltungen offen. Bitte melden Sie sich bei Interesse bei der Geschäftsstelle des Flüchtlingsrates.

Weitere Termine in Baden-Württemberg

07.06.2010, 20 Uhr, **Nürtingen**, Alte Seegrasspinnerei, Plochinger Straße 14: Kamal Sido, Nahostreferent der Gesellschaft für bedrohte Völker: Das Nato-Land Türkei: Wie geht es mit den Kurden um? Auswirkungen und Folgen für Flüchtlinge in Deutschland.

24.06.2010, 19.30 Uhr, **Nürtingen**, Rathaus: "... ich bin stolz, ein Türke zu sein": Vortrag von Dr. Kemal Bozay, Politikwissenschaftler, Köln, über Ursachen von Extremismus/Patriotismus bei jugendlichen MigrantInnen.

Sonstige Termine, bundesweit

04.-06. Juni 2010: Karawane-Festival in **Jena**: "Vereinigt gegen koloniales Unrecht - In Erinnerung an die Gestorbenen der Festung Europa". [Weitere Infos.](#)

20.06.2010: Weltflüchtlingstag

26.06.2010: Internationaler Tag zur Unterstützung der Folteropfer

30.08.2010: Aktionstag gegen Abschiebungen

20.09.2010: Weltkindertag

26.09.2010-02.10.2010: [Interkulturelle Woche](#)

01.10.2010: Tag des Flüchtlings

10.10.2010: Internationaler Tag gegen die Todesstrafe

25.11.2010: Internationaler Tag "Nein zu Gewalt an Frauen"

10.12.2010: Tag der Menschenrechte

Solidarität braucht Solidarität!

Unterstützen Sie unsere politische und praktische Arbeit für Flüchtlinge durch eine Spende an:

Flüchtlingsrat Baden-Württemberg, BW Bank, BLZ 600 501 01, Kto: 35 17 930